

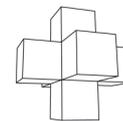
Sessionsrückblick

Ungenügende Fakten zum teuren Datenschützer

Ab dem 1. November wird der Datenschutzbeauftragte des Kantons seine neu geschaffene Stelle antreten. Der Regierungsrat hat in diesem Falle die Stelle besetzt, bevor der entsprechende Verpflichtungskredit gesprochen wurde. Das wundert die FDP-Fraktion und die Begründung, «dies müsse so sein», sorgte ebenfalls für Fragezeichen. Das Gesetz, das dem Verpflichtungskredit für den Aufwand des Beauftragten für Öffentlichkeit und Datenschutz zugrunde liegt, wurde im Mai 2007 vom Parlament einstimmig und im Februar dieses Jahres mit klarer Mehrheit auch den den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern angenommen. Damit ist die Ausgangslage klar: Der Regierungsrat hat den Auftrag, das Gesetz zu vollziehen und damit die Stelle des Datenschutzbeauftragten zu besetzen, was auch von niemandem bestritten wurde. Die FDP-Fraktion kritisiert aber, dass der vorgelegte Bericht der Regierung von knapp einer Seite viel zu kurz ausgefallen ist und die relevanten Daten sogar fehlen. Regierungsrat Georg Hess bestätigte dies und versicherte, dass in Zukunft Vorlagen für Verpflichtungskredite besser dokumentiert werden. Im Wiederholungsfall wird die FDP-Fraktion einen Rückweisungsantrag stellen. Trotzdem gibt es in dieser Thematik noch weitere Fragen. Zum Beispiel, weshalb der Lohn für den Datenschützer so hoch sei? Der Markt würde dieses Gehalt bestimmen, hiess es dazu lapidar.

Gemeinden sind gefordert

Die Motion Wohnraum statt Wohntraum - Starthilfe für Wohnbaugenossenschaft wurde von der FDP-Fraktion (wie auch der CVP und SVP) für nicht erheblich erklärt. Mit einem teuren kantonalen Gesetz kann kein günstiges Bauland bereitgestellt werden, findet die FDP. Man sehe zwar, dass die in der Motion angesprochene Problematik in einzelnen Gemeinden auch wirklich besteht. Eine gute Durchmischung der Bevölkerung ist gesellschaftspolitisch sehr wichtig. Die raumplanerischen Mittel zur Ausscheidung von günstigem Bauland und eine allfällige Finanzierung liegen aber in den Händen der Gemeinden. Um diese Herausforderung in den betroffenen Gemeinden erfolgreich anzugehen, müssen die Menschen vor Ort die Initiative ergreifen. Deshalb hat sich die FDP-Fraktion einstimmig gegen die Erheblicherklärung



der Motion ausgesprochen. Der Rat ist ihr (mit Ausnahme der SP) gefolgt.

Motivierte Schüler nachlässig behandelt

Der Grundlagenbericht Bildung 2008 – 2015 wurde an der Session von letzter Woche von der FDP-Fraktion zustimmend aufgenommen und auch dem Bildungsdepartement und der Lehrerschaft verdankt. Dennoch greifen die Liberalen einige kritische Punkte auf. FDP-Kantonsrätin Petra Steimen ist der Meinung, dass in unserer Bildungslandschaft die Förderung von lernhungrigen und begabten Kindern (nicht Sonderbegabte) viel zu stiefmütterlich und gar nachlässig behandelt wird. Auch müssen Einwände aus der Wirtschaft besser aufgenommen werden, findet die FDP-Fraktion. Zudem ist man der Ansicht, dass Konkurrenz zwischen privat und öffentlich geführten Mittelschulen eigentlich belebend fürs Geschäft sein sollte, dies aber im Bildungsbericht kritisiert wird. FDP-Kantonsrätin Sibylle Ochsner wies darauf hin, dass die Anstellungsbestimmungen, welche bei den Lehrern angewendet werden, nicht jenem Qualitätsmanagement der Wirtschaft unterliegen und eigentlich mit GELVOS (Geleitete Volksschulen) eingeführt wurde. Die Bildung ist ein zentrales Thema und die FDP-Fraktion wird auch künftig die entsprechenden Entwicklungen kritisch verfolgen und sich für kontinuierliche Verbesserungen engagieren.

Text: Roger Bürgler

Pressestelle FDP des Kantons Schwyz

Roger Bürgler
Altes Rathaus
6442 Gersau
info@rogerbuergler.ch
Büro: 041 828 20 17
www.fdp-sz.ch